

Vordruck AE 3

Abgabeerklärung für das Einleiten von Niederschlagswasser aus einer öffentlichen Abwasseranlage ¹⁾

Antrag auf Abgabebefreiung für das Einleiten von Niederschlagswasser aus einer öffentlichen Abwasseranlage

gemäß Abwasserabgabengesetz (AbwAG),
Sächsisches Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG)

Registrier-/Nutzer-Nr. (nur auszufüllen, wenn Nutzernummer vergeben) Veranlagungsjahr *

--	--

1 Name und Anschrift des Gewässerbenutzers *			
Name:	Ansprechpartner:		
Straße/Haus-Nr.	Telefon:		
PLZ Ort	Telefax:		
Zeitraum der Einleitung:	01.01. bis 31.12.	bzw.	bis

2 Inhalt der Erklärung
<p>Kläranlage *</p> <p>Bezeichnung Kläranlage:</p>
<p>Einzugsgebiet *</p> <p>Einzugsgebiet wird (zumindest teilweise) im Mischsystem entwässert (Ausfüllen der Nummern 3. und 5. bis 9. der Abgabeerklärung erforderlich)</p> <p>Einzugsgebiet wird vollständig im Trennsystem entwässert (Ausfüllen der Nummern 4. und 5. bis 9. der Abgabeerklärung erforderlich)</p> <p>Anzahl der an die Kläranlage angeschlossenen Einwohner:</p> <p>davon an öffentliche Niederschlagswasseranlagen angeschlossene Einwohner:</p>

¹⁾ Bitte beachten Sie die Erläuterungen am Ende des Vordruckes!

Erläuterungen zur Niederschlagswasserabgabe

1. Abgabepflichtige/r

Abgabepflichtige/r ist, wer Niederschlagswasser über eine öffentliche Kanalisation in ein Gewässer einleitet (§§ 7 und 1 AbwAG).

2. Abgabetatbestand

Der Abgabepflicht unterliegt die Einleitung von Niederschlagswasser über eine öffentliche Kanalisation in ein Gewässer.

Unter dem Begriff „öffentliche“ Kanalisation ist eine Kanalisation zu verstehen, die in einem abgeschlossenen örtlichen Bereich einer Mehrzahl von Grundstückseigentümern als Anschlussnehmern zur Benutzung angeboten wird. Entscheidend ist, dass sich grundsätzlich jedermann anschließen kann.

3. Mischsystem

a) Grundsatz

Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 SächsAbwAG bleibt auf Antrag das aus einer Kanalisation im Mischsystem abfließende Wasser abgabefrei, wenn das zurückgehaltene Mischwasser mindestens gemäß § 57 Abs. 1 WHG behandelt wird, sofern die Abwasseranlagen entsprechend § 60 Abs. 1 WHG errichtet und betrieben werden und die Anforderungen des Zulassungsbescheides erfüllt sind. Voraussetzungen für die Abgabefreiheit sind, dass die Entlastungsbauwerke nach den Regeln der Technik errichtet und betrieben werden und das in den Speicherbauwerken zurückgehaltene Mischwasser in einer Kläranlage nach dem Stand der Technik behandelt wird. Maßgeblich für die Beurteilung der Frage, ob die Entlastungsbauwerke nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik betrieben werden, ist das Arbeitsblatt ATV-A 128.

Die im Folgenden verwendeten Formelzeichen, Kürzel und Begriffe beruhen auf den entsprechenden Definitionen im Arbeitsblatt ATV-A 128.

b) Anforderungen an die Abgabefreiheit für das gesamte Einzugsgebiet einer Kläranlage

Das gesamte entsorgte Einzugsgebiet einer zentralen Kläranlage bleibt abgabefrei, wenn kumulativ folgende Voraussetzungen vorliegen:

- Das für das Einzugsgebiet nach den Vorgaben des Arbeitsblattes ATV-A 128 erforderliche Speichervolumen wurde vollständig errichtet. Anrechenbare Speichervolumina nach Kapitel 7.3 des Arbeitsblattes ATV-A 128 (z. B. oberhalb von Regenüberlaufbecken oder Stauraumkanälen liegender Kanalstauraum) finden Berücksichtigung, wenn diese im Einzelfall im Rahmen der Mischwasserbehandlungskonzepte nachgewiesen wurden. Die entsprechenden Volumina gelten nur dann als errichtet, wenn am jeweiligen Bauwerk die jeweils einschlägigen Mindestvolumina (7.4 ATV-A 128) und die jeweils einschlägigen Klärbedingungen inkl. Mischungsverhältnis (9.2 resp. 9.3 ATV-A 128) eingehalten werden sowie die sonstigen baulichen Voraussetzungen des Arbeitsblattes ATV-A 128 vorliegen.

- Die Speicherbauwerke sind entsprechend der Vorgaben des Arbeitsblattes ATV-A 128 im Netz aufgeteilt.

- Sämtliche Regenüberläufe entsprechen den Vorgaben der nach Ziffer 9.1 des ATV A 128 (insbesondere Einhaltung des Mindestmischungsverhältnisses und Weiterleitung des kritischen Mischwasserabflusses)

- Alle Speicherbauwerke werden so betrieben, dass das Speichervolumen entsprechend der Bemessung im Regenwetterfall mit Mischwasser beaufschlagt wird (maßgeblich ist hier insbesondere eine normgerechte Drosseleinstellung).

- Die Kläranlage ist hydraulisch geeignet, die Summe aller der Kläranlage unmittelbar zugeführten Drosselabflüsse aus dem gesamten Einzugsgebiet aufzunehmen.

c) Anforderungen an die Abgabefreiheit einzelner Teileinzugsgebiete

Als abgabefreies Teileinzugsgebiet können durch den Abgabepflichtigen entsorgte Flächen oberhalb eines zu bestimmenden Speicherbauwerkes (Regenüberlaufbecken oder Stauraumkanal) beantragt werden, in welchem folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt werden:

- Sämtliche Bedingungen nach Buchstabe b) werden für das Teileinzugsgebiet eingehalten.

- Es ist sichergestellt, dass der gesamte Drosselabfluss des definierten Speicherbauwerkes der Kläranlage zugeführt wird. Dies bedeutet insbesondere, dass dieser Drosselabfluss ($Q_{ab,teil}$) nicht das Abflussvermögen der in Fließrichtung nachfolgenden Entlastungsbauwerke ($Q_{ab,folgend}$) überschreiten darf. Ist die Bemessung des definierten Bauwerkes nicht ausreichend, um sämtliche oberhalb des Bauwerkes liegenden Flächen als abgabefrei zu erklären, so hat der Abgabepflichtige das zur Abgabefreiung beantragte Gebiet konkret abzugrenzen und zusätzlich zu den oben stehenden Anforderungen nachzuweisen, dass die Größe des Gebietes der Bemessung des Bauwerkes entspricht (entsprechend des Zulassungsbescheides, ansonsten durch Einzelnachweis). In ein Mischsystem integrierte Trenngebiete sind unabhängig vom Ausbau der Mischwasserbehandlung abgabefrei, wenn die Voraussetzungen nach Ziffer 4 erfüllt sind.

